

Gewerkschaft macht die Beerdigung teuer

Früher stritten Gewerkschaften um höhere Löhne. Heute geht es oft um höhere Abfindungen so wie bei AEG in Nürnberg. Rechtlich ist diese Einmischung umstritten. Ein Arbeitgeberverband erwägt Verfassungsklage.

Von [Anne Seith](#) 10.02.2006, 18.33 Uhr

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/streik-im-aeg-werk-gewerkschaft-macht-die-beerdigung-teuer-a-400194.html>

Hamburg - Die Stimmung ist scheinbar bestens im AEG-Hausgerätekwerk in Nürnberg. Täglich lässt die Streikleitung neue Erfolgsmeldungen über die Ticker der Nachrichtenagenturen verbreiten.

Bei einem "Weiße-Ware-Tag" seien Kollegen aus Konkurrenzbetrieben gekommen, um ihre Solidarität zu bekunden. Der Mutterkonzern Electrolux hätte inzwischen ernst zu nehmende Auftrags- und Umsatzrückgänge zu verkraften. Am Montag werde auch in der AEG-Ersatzteilstarte im fränkischen Rothenburg die Arbeit ruhen. Man rechne damit, den Kampf bis Mitte März durchzuziehen, erklärte IG-Metall-Streikleiter Jürgen Wechsler zuletzt. Und: "Wenn wir bis zum Ablauf der Friedenspflicht zu einer Einigung über einen Sozialtarifvertrag für das Nürnberger Werk kommen, will die Belegschaft den Streik dennoch fortsetzen - dann für fünf Prozent mehr Lohn!"

Doch der glorreiche Schein eines baldigen Sieges im Kampf Arbeiterklasse gegen Kapital trügt: Denn das Nürnberger Werk wird geschlossen, so viel ist sicher. Die Produktion von Geschirrspül- und Waschmaschinen soll nach Polen verlagert werden. Derzeit geht es um die Frage, wie schmerzhaft diese Niederlage für die rund 1700 Mitarbeiter wird. Electrolux bietet 0,7 Monatsgehälter Abfindung pro Beschäftigungsjahr und die Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft für ein Jahr. Die IG Metall fordert in etwa das Vierfache. Man wird sich wohl irgendwann irgendwo in der Mitte treffen.

Eigentlich hat das Betriebsverfassungsgesetz vorgesehen, dass sich bei Unternehmensschließungen Betriebsrat und Arbeitgeberseite auf die Konditionen in Form eines Sozialplans einigen. Sollte das nicht gelingen, kann eine Einigungsstelle angerufen werden mit einem Arbeitsrichter an der Spitze. Doch längst haben auch die Gewerkschaften diese Kampfarena für sich entdeckt: Wenn Betriebe geschlossen werden oder die Produktion ins Ausland verlegt werden soll, treten sie immer öfter als



Demonstration in Nürnberg: AEG-Mitarbeiter legt Liebesbekenntnis ab Foto: DPA

Totengräber auf, der zumindest die Beerdigung so teuer wie möglich machen will.

Konstantin Wecker kam zum Singen

Besonders die IG Metall zieht solche Konflikte häufig auf die tarifliche Ebene, damit ein Arbeitskampf möglich wird. Auf diese Weise schlug sie schon 2003 bei einem Ableger der Heidelberger-Druck-Gruppe und ein Jahr später beim Stadthagener Fahrtreppenhersteller Otis höhere Abfindungen und bessere Konditionen für die Mitarbeiter heraus. Vergangenes Jahr gab es dann für die Schließung des Infineon-Werks in München-Perlach nach einwöchigem Ausstand die Zusage über 1,3 statt der

eigentlich angebotenen 0,3 Monatsgehälter Abfindung pro Beschäftigungsjahr.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di sorgte kurze Zeit später beim Gelddruck- und Chipkartenkonzern Giesecke & Derivent für einen Ausstand, weil die Geschäftsführung die Kartenproduktion in die Slowakei verlegen wollte, ohne mit der Gewerkschaft über einen Sozialtarifvertrag zu verhandeln. Und auch bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Industrie (IG BCE) wäre es über den Streit um die Schließung des Conti-Reifenwerks in Hannover kürzlich fast zum Streik gekommen. Kurz vor dem Ausstand einigten sich Gewerkschaft und Arbeitgeberseite dann doch noch friedlich auf die Ausarbeitung eines Schließungsplans, den die IG BCE allerdings "Sozialtransferplan" nennt.

Trotz des Zynismus, der solchen Erfolgen inneohnt, gelingt es den Gewerkschaften, ihr angekratzt Image auf diese Weise erheblich aufzupolieren. Während der aktuelle Ausstand im Öffentlichen Dienst schon nach wenigen Tagen von Öffentlichkeit und Medien als 18-Minuten-Streik abgekanzelt wird, scheinen Streiks bei Betriebsschließungen als natürliche Gegenwehr gegen einen übermächtigen Gegner. Sogar Bundesarbeitsminister Franz Müntefering machte sich kürzlich auf den Weg nach Nürnberg, um sich ein Bild von der Lage zu machen und Electrolux-Vertretern demonstrativ eine Audienz zu verweigern. Und Konstantin Wecker kam einmal zum Singen.

Die Bilder solcher Ereignisse sind wie Gratis-Reklame für die IG Metall, auch um neue Mitglieder zu werben. Dass es bei dem Streik nur um die Abmilderung des Unvermeidlichen geht, ist da zweitrangig, glauben Experten. "Wenn Arbeitnehmer Gewerkschaften so agieren sehen, wird das grundsätzlich positiv wahrgenommen", sagt etwa Bernhard Weißels, Politikwissenschaftler am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.

"Das durchlöchert den Tarifvertrag"

Die Arbeitgeber aber sind empört über den heftigen Gegenwind - und halten ihn für rechtlich nicht gedeckt. Immerhin streikten die Mitarbeiter in solchen Fällen trotz eines gültigen Tarifvertrags und der darin enthaltenen Friedenspflicht, argumentiert etwa der Stuttgarter Rechtsanwalt Jobst-Hubertus Bauer, der die Firma Otis in einem entsprechenden Gerichtsverfahren vertrat. "Das Betriebsverfassungsgesetz und das Grundgesetz lassen solche Streiks nicht

zu", erklärt er. "Da wird unter anderem für die Verlängerung tarifvertraglich geregelter Kündigungsfristen gestreikt. Das durchlöchert den Tarifvertrag", erklärt auch der Düsseldorfer Jurist Bernd Schiefer, der für den Arbeitgeberverband Nordmetall vor kurzem im Fall Heidelberger Druck vor Gericht zog. Die Konzernvertreter würden außerdem von zwei Seiten in die Zange genommen: Eigentlich sei allein der Betriebsrat Vertreter der Arbeitnehmerinteressen.

"Das Betriebsverfassungsgesetz wurde Anfang der fünfziger Jahre gemacht, das war in einer ganz anderen Arbeitsmarktsituation", argumentiert dagegen der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt, im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Damals hätten die meisten der Entlassenen eine Chance gehabt, sehr bald wieder eine neue Arbeit zu finden. Bei den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber gehe es deshalb in erster Linie um Abfindungen. "Aber diese einfachen Sozialpläne nach dem Motto: Geld in die Hand und weg, das ist heutzutage unverantwortlich." Es sei notwendig, dass die Gewerkschaften sich einschalteten, um mehr herauszuholen. Die Garantie von Qualifizierungsmaßnahmen oder die Einrichtung von Auffanggesellschaften etwa. "Damit die Betroffenen wenigstens noch eine Chance haben, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden", sagt Schmoldt. "Das stellt unser Gesetz nicht auf den Kopf." Ähnlich sieht das auch Politikwissenschaftler Weißels. "Wenn in irgendeiner Form Waffengleichheit herrschen soll, müssen die Gewerkschaften sich heute in solche Verfahren einmischen." Immerhin hätten es die Betroffenen oft mit einem international aufgestellten Konzern zu tun.

Sowohl Jurist Schiefer als auch Bauer wollen diese Argumente nicht gelten lassen. "Der Betriebsrat ist eine entscheidende Größe und außerdem ein demokratisch legitimiertes Gremium", erklärt Schiefer. Vor Gericht unterlagen bisher beide. Doch Schiefer prüft derzeit, den Fall von Nordmetall vor das Bundesarbeitsgericht und gegebenenfalls sogar bis vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. "Das bestehende System hat sich in der Vergangenheit bewährt. Und wir hatten weniger Arbeitskämpfe in Deutschland als in anderen Ländern, das ist ja auch ein Wert an sich", sagt er. "Die jetzige Entwicklung ist ein Paradigmenwechsel, durch den vermehrt Arbeitskämpfe in die Unternehmen getragen werden sollen." Dass es in Zukunft öfter zu solchen Ausständen kommen wird, will auch IG BCE-Chef Schmoldt nicht ausschließen. "Das hängt wesentlich vom Verhalten der Unternehmer ab."

Gewerkschaft macht die Beerdigung teuer

Früher stritten Gewerkschaften um höhere Löhne. Heute geht es oft um höhere Abfindungen so wie bei AEG in Nürnberg. Rechtlich ist diese Einmischung umstritten. Ein Arbeitgeberverband erwägt Verfassungsklage.

Von [Anne Seith](#) 10.02.2006, 18.33 Uhr

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/streik-im-aeg-werk-gewerkschaft-macht-die-beerdigung-teuer-a-400194.html>

Hamburg - Die Stimmung ist scheinbar bestens im AEG-Hausgerätekwerk in Nürnberg. Täglich lässt die Streikleitung neue Erfolgsmeldungen über die Ticker der Nachrichtenagenturen verbreiten.

Bei einem "Weiße-Ware-Tag" seien Kollegen aus Konkurrenzbetrieben gekommen, um ihre Solidarität zu bekunden. Der Mutterkonzern Electrolux hätte inzwischen ernst zu nehmende Auftrags- und Umsatzrückgänge zu verkraften. Am Montag werde auch in der AEG-Ersatzteilstarte im fränkischen Rothenburg die Arbeit ruhen. Man rechne damit, den Kampf bis Mitte März durchzuziehen, erklärte IG-Metall-Streikleiter Jürgen Wechsler zuletzt. Und: "Wenn wir bis zum Ablauf der Friedenspflicht zu einer Einigung über einen Sozialtarifvertrag für das Nürnberger Werk kommen, will die Belegschaft den Streik dennoch fortsetzen - dann für fünf Prozent mehr Lohn!"

Doch der glorreiche Schein eines baldigen Sieges im Kampf Arbeiterklasse gegen Kapital trügt: Denn das Nürnberger Werk wird geschlossen, so viel ist sicher. Die Produktion von Geschirrspül- und Waschmaschinen soll nach Polen verlagert werden. Derzeit geht es um die Frage, wie schmerzhaft diese Niederlage für die rund 1700 Mitarbeiter wird. Electrolux bietet 0,7 Monatsgehälter Abfindung pro Beschäftigungsjahr und die Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft für ein Jahr. Die IG Metall fordert in etwa das Vierfache. Man wird sich wohl irgendwann irgendwo in der Mitte treffen.

Eigentlich hat das Betriebsverfassungsgesetz vorgesehen, dass sich bei Unternehmensschließungen Betriebsrat und Arbeitgeberseite auf die Konditionen in Form eines Sozialplans einigen. Sollte das nicht gelingen, kann eine Einigungsstelle angerufen werden mit einem Arbeitsrichter an der Spitze. Doch längst haben auch die Gewerkschaften diese Kampfarena für sich entdeckt: Wenn Betriebe geschlossen werden oder die Produktion ins Ausland verlegt werden soll, treten sie immer öfter als



Demonstration in Nürnberg: AEG-Mitarbeiter legt Liebesbekenntnis ab Foto: DPA

Totengräber auf, der zumindest die Beerdigung so teuer wie möglich machen will.

Konstantin Wecker kam zum Singen

Besonders die IG Metall zieht solche Konflikte häufig auf die tarifliche Ebene, damit ein Arbeitskampf möglich wird. Auf diese Weise schlug sie schon 2003 bei einem Ableger der Heidelberger-Druck-Gruppe und ein Jahr später beim Stadthagener Fahrtreppenhersteller Otis höhere Abfindungen und bessere Konditionen für die Mitarbeiter heraus. Vergangenes Jahr gab es dann für die Schließung des Infineon-Werks in München-Perlach nach einwöchigem Ausstand die Zusage über 1,3 statt der

eigentlich angebotenen 0,3 Monatsgehälter Abfindung pro Beschäftigungsjahr.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di sorgte kurze Zeit später beim Gelddruck- und Chipkartenkonzern Giesecke & Derivent für einen Ausstand, weil die Geschäftsführung die Kartenproduktion in die Slowakei verlegen wollte, ohne mit der Gewerkschaft über einen Sozialtarifvertrag zu verhandeln. Und auch bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Industrie (IG BCE) wäre es über den Streit um die Schließung des Conti-Reifenwerks in Hannover kürzlich fast zum Streik gekommen. Kurz vor dem Ausstand einigten sich Gewerkschaft und Arbeitgeberseite dann doch noch friedlich auf die Ausarbeitung eines Schließungsplans, den die IG BCE allerdings "Sozialtransferplan" nennt.

Trotz des Zynismus, der solchen Erfolgen inneohnt, gelingt es den Gewerkschaften, ihr angekratzt Image auf diese Weise erheblich aufzupolieren. Während der aktuelle Ausstand im Öffentlichen Dienst schon nach wenigen Tagen von Öffentlichkeit und Medien als 18-Minuten-Streik abgekanzelt wird, scheinen Streiks bei Betriebsschließungen als natürliche Gegenwehr gegen einen übermächtigen Gegner. Sogar Bundesarbeitsminister Franz Müntefering machte sich kürzlich auf den Weg nach Nürnberg, um sich ein Bild von der Lage zu machen und Electrolux-Vertretern demonstrativ eine Audienz zu verweigern. Und Konstantin Wecker kam einmal zum Singen.

Die Bilder solcher Ereignisse sind wie Gratis-Reklame für die IG Metall, auch um neue Mitglieder zu werben. Dass es bei dem Streik nur um die Abmilderung des Unvermeidlichen geht, ist da zweitrangig, glauben Experten. "Wenn Arbeitnehmer Gewerkschaften so agieren sehen, wird das grundsätzlich positiv wahrgenommen", sagt etwa Bernhard Weißels, Politikwissenschaftler am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.

"Das durchlöchert den Tarifvertrag"

Die Arbeitgeber aber sind empört über den heftigen Gegenwind - und halten ihn für rechtlich nicht gedeckt. Immerhin streikten die Mitarbeiter in solchen Fällen trotz eines gültigen Tarifvertrags und der darin enthaltenen Friedenspflicht, argumentiert etwa der Stuttgarter Rechtsanwalt Jobst-Hubertus Bauer, der die Firma Otis in einem entsprechenden Gerichtsverfahren vertrat. "Das Betriebsverfassungsgesetz und das Grundgesetz lassen solche Streiks nicht

zu", erklärt er. "Da wird unter anderem für die Verlängerung tarifvertraglich geregelter Kündigungsfristen gestreikt. Das durchlöchert den Tarifvertrag", erklärt auch der Düsseldorfer Jurist Bernd Schiefer, der für den Arbeitgeberverband Nordmetall vor kurzem im Fall Heidelberger Druck vor Gericht zog. Die Konzernvertreter würden außerdem von zwei Seiten in die Zange genommen: Eigentlich sei allein der Betriebsrat Vertreter der Arbeitnehmerinteressen.

"Das Betriebsverfassungsgesetz wurde Anfang der fünfziger Jahre gemacht, das war in einer ganz anderen Arbeitsmarktsituation", argumentiert dagegen der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt, im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Damals hätten die meisten der Entlassenen eine Chance gehabt, sehr bald wieder eine neue Arbeit zu finden. Bei den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber gehe es deshalb in erster Linie um Abfindungen. "Aber diese einfachen Sozialpläne nach dem Motto: Geld in die Hand und weg, das ist heutzutage unverantwortlich." Es sei notwendig, dass die Gewerkschaften sich einschalteten, um mehr herauszuholen. Die Garantie von Qualifizierungsmaßnahmen oder die Einrichtung von Auffanggesellschaften etwa. "Damit die Betroffenen wenigstens noch eine Chance haben, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden", sagt Schmoldt. "Das stellt unser Gesetz nicht auf den Kopf." Ähnlich sieht das auch Politikwissenschaftler Weißels. "Wenn in irgendeiner Form Waffengleichheit herrschen soll, müssen die Gewerkschaften sich heute in solche Verfahren einmischen." Immerhin hätten es die Betroffenen oft mit einem international aufgestellten Konzern zu tun.

Sowohl Jurist Schiefer als auch Bauer wollen diese Argumente nicht gelten lassen. "Der Betriebsrat ist eine entscheidende Größe und außerdem ein demokratisch legitimates Gremium", erklärt Schiefer. Vor Gericht unterlagen bisher beide. Doch Schiefer prüft derzeit, den Fall von Nordmetall vor das Bundesarbeitsgericht und gegebenenfalls sogar bis vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. "Das bestehende System hat sich in der Vergangenheit bewährt. Und wir hatten weniger Arbeitskämpfe in Deutschland als in anderen Ländern, das ist ja auch ein Wert an sich", sagt er. "Die jetzige Entwicklung ist ein Paradigmenwechsel, durch den vermehrt Arbeitskämpfe in die Unternehmen getragen werden sollen." Dass es in Zukunft öfter zu solchen Ausständen kommen wird, will auch IG BCE-Chef Schmoldt nicht ausschließen. "Das hängt wesentlich vom Verhalten der Unternehmer ab."

Kampf um die Meinungshoheit

Der Streik der Beschäftigten im Nürnberger AEG-Werk ist zum Symbol für den Kampf gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen geworden. Die IG Metall nutzt den Konflikt, um ihren verlorenen Einfluss wiederzugewinnen.

Von [Dinah Deckstein](#) und Sebastian Ramspeck

12.02.2006, 13.00 Uhr • aus [DER SPIEGEL 7/2006](#)

Wer Harald Dix in diesen Tagen erlebt, könnte den Mann mit dem Dreitagebart und der achteckigen Brille leicht für einen gestressten Event-Manager halten. Der sympathische Franke sorgt dafür, dass in Nürnberg eine vielbeachtete Großveranstaltung seit mehr als drei Wochen erfolgreich über die Bühne geht.

Dix, 44, heckt Schichtpläne für seine Helfer aus, er organisiert Brennholz für mehrere offene Feuer und kümmert sich darum, dass die Teilnehmer rund um die Uhr genug zu essen haben. Abends gibt es ein buntes Unterhaltungsprogramm, türkische Folklore etwa oder ein Heavy-Metal-Konzert - für jeden Geschmack etwas.

Im Hauptberuf ist Dix Betriebsratschef im Nürnberger AEG-Werk, das nach den Plänen des schwedischen Eigentümers Electrolux bis Ende 2007 geschlossen werden soll und seit dem 20. Januar bestreikt wird. 1700 Arbeitnehmer bangen um ihren Job, und eigentlich müsste Dix in diesen Tagen flammende Reden halten. Doch das überlässt er seinem Kollegen Jürgen Wechsler, 50, von der IG Metall, der auch im AEG-Aufsichtsrat sitzt.

Am Donnerstag vergangener Woche ist der Funktionär wieder einmal in Topform: »Terror« und »Foltermethoden« wirft er den Electrolux-Managern vor und beschimpft sie als »tollwütige Hunde«. Das gefällt den versammelten Ausständlern, die vor Begeisterung johlen und in ihre roten IG-Metall-Trillerpfeifen blasen. »Es geht jetzt auch um Psychologie«, ruft Wechsler, schließlich müsse die Gewerkschaft die »Meinungshoheit« gewinnen.

Dabei hilft der IG Metall als Rädelsführer des Widerstands erstmals eine professionelle PR-Agentur. Die Firma mit dem klangvollen Namen Odeon Zwo, die in Hannover unweit der dortigen SPD-Zentrale residiert, beriet Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder schon bei seinen Wahlkämpfen und half

der rot-grünen Bundesregierung, ihr Image in der Öffentlichkeit aufzupolieren.

Vom »Ideenpool« der Niedersachsen, so Geschäftsführerin und Inhaberin Renate Remter, sollen nun auch die bedrängten AEG-Angestellten im fernen Bayern profitieren, zum Beispiel über eigens kreierte Plakate und Protestbanner. »AEG ist Deutschland«, heißt eines der Motive in Anlehnung an eine bundesweite PR-Kampagne, die seit Monaten Zeitungen und Plakatwände zielt und den Deutschen zu neuem Selbstbewusstsein verhelfen soll.

Wohl selten zuvor hat der Konflikt um die Stilllegung eines Betriebs die Gemüter hierzulande so erhitzt wie die geplante Schließung des AEG-Stammwerks in der fränkischen Industriestadt. Seit der Electrolux-Aufsichtsrat zwei Wochen vor Weihnachten entschied, die Produktion des Waschmaschinen- und Geschirrspülerherstellers nach Polen und Italien zu verlegen, formiert sich in der Republik eine Welle der Solidarität, die am Ende nicht nur alle Sparpläne der Konzernführung vereiteln, sondern Electrolux-Chef Hans Stråberg sogar seinen Job kosten könnte.

Viele Beobachter fühlen sich bereits an den legendären Streik um das ehemalige Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen vor fast 20 Jahren erinnert. Damals gingen mehrere tausend Beschäftigte und Sympathisanten auf die Straße, um den Abtransport der Hochöfen zu verhindern.

Ganz so weit ist es im Stammwerk des einstmals größten deutschen Industriekonzerns noch nicht. Aber längst ist der Fall AEG zum Symbol des Widerstands geworden gegen Konzerne, die Jobs selbst dann verlagern, wenn die Betriebe Gewinne erwirtschaften. Von Raubtierkapitalismus ist deshalb in Nürnberg oft die Rede und von der hässlichen Fratze der Globalisierung.

Seit Jahren muss die IG Metall hilflos mitansehen, wie die Unternehmen immer mehr Industriearbeitsplätze abbauen und stattdessen in Billiglohnländern fertigen lassen. Jetzt sieht die einst so mächtige Gewerkschaft die Chance, den Trend zu stoppen: Sie will die Konzernleitung zum Einlenken zwingen, vor allem aber will sie die Kosten der Produktionsverlagerung so in die Höhe treiben, dass sie sich kaum noch lohnt.

Fast täglich bringen »Solidaritätsbusse« Genossen aus der ganzen Republik zu der Fabrik, die sich zu einer Art Pilgerstätte für Politiker entwickelt hat. An den Wänden des Streikzelts hängen Grußbotschaften von Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftern. Auch Oskar Lafontaine und Franz Müntefering waren schon da und ermunterten die Ausständler zum Durchhalten. »Wer nicht kämpft, hat schon verloren«, rief der Ex-SPD-Chef und -Finanzminister der jubelnden Menge zu. Vizekanzler Müntefering bescheinigte den AEG-Mitarbeitern sogar, ihr Streik sei eine Art »Notwehr« - und somit legitim.

Ob das zutrifft, werden in den kommenden Monaten wohl die Gerichte klären müssen. Denn was sich gegenwärtig vor den Augen der Öffentlichkeit in Nürnberg abspielt, wäre noch vor wenigen Jahren kaum denkbar gewesen. Wollte eine Geschäftsleitung einen ihrer Ansicht nach zu wenig produktiven Firmenteil schließen, handelte sie den dazugehörigen Sozialplan in der Regel einfach mit dem Betriebsrat aus, wie das Gesetz es vorsieht.

Doch die Tarifexperten der IG Metall haben sich einen Trick einfallen lassen, wie die Gewerkschaft bei einer drohenden Verlagerung dennoch einschreiten kann. Weil während der Laufzeit eines Tarifvertrags die sogenannte Friedenspflicht herrscht, Ausstände also verboten sind, stellen die Funktionäre vor einer geplanten Schließung einfach Zusatzforderungen auf, die nicht in dem Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erwähnt sind und in einem zusätzlichen Sozialtarifvertrag geregelt werden.

Mit der neuen Abwehrstrategie konnte die IG Metall in der Vergangenheit bereits einige Erfolge erzielen. So mussten zum Beispiel der Rolltreppenhersteller Otis in Stadthagen bei Hannover, die Heidelberger Druckmaschinen AG in Kiel oder der Münchner Chiphersteller Infineon nach teilweise wochenlangen Streiks klein begeben und den Beschäftigten deutlich großzügigere Abfindungen und Beschäftigungszusagen gewähren als ursprünglich geplant.

Mehrere Gerichte haben das Vorgehen der IG Metall, das neuerdings auch von anderen Gewerkschaften praktiziert wird, inzwischen für zulässig erklärt. Erst am Donnerstag vorvergangener Woche entschied das Landesarbeitsgericht in Frankfurt am Main, dass auch der Ausstand der Heidelberger-Druckmaschinen-Mitarbeiter in Kiel um höhere Entschädigungen vom Frühjahr 2003 zulässig war. »Wer abholzt, muss auch aufforsten«, verteidigt IG-

Metall-Vizechef Bertold Huber die neue Abwehrstrategie seiner Organisation gegen die Folgen der Globalisierung trocken.

Die Arbeitgeber würden den Gewerkschaften den Einsatz der neuen Taktik am liebsten verbieten. »Das unterläuft die Friedenspflicht und schadet dem Standort Deutschland«, warnt Roland Wolf von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), da die Unternehmen in ihrer Entscheidungsfreiheit behindert würden. Der BDA-Chefjurist fürchtet zudem, dass Firmen abgeschreckt werden könnten, seiner Organisation beizutreten, weil sie bei geplanten Verlagerungen auch als Verbandsmitglied gegen einen Ausstand nicht gefeit sind.

Ob die Gewerkschaften die umstrittene Praxis weiter anwenden dürfen, soll nun das Bundesarbeitsgericht klären, nachdem der norddeutsche BDA-Ableger Revision gegen das Heidelberger-Druck-Urteil eingelegt hat. Eine Entscheidung ist allerdings wohl erst im nächsten Jahr zu erwarten. Bis dahin dürfte der Streik bei AEG in Nürnberg längst beendet und die Abwanderung der Produktion ins polnische Zarów besiegelt sein. Denn dass das Aus für das AEG-Werk wirklich noch verhindert werden kann, hält kaum jemand für möglich.

»Des einen Tod ist des anderen Brot«, meint Staplerfahrer Jürgen Franke, 42, fatalistisch. Der Werker mit dem roten Käppi, auf dem ein Spielzeug-Gabelstapler und eine Deutschland-Fahne kleben, glaubt wie viele seiner Kollegen nicht mehr daran, dass sein Werk, in dem er seit mehr als 20 Jahren arbeitet, noch zu retten ist. »Wenn die sagen, es wird geschlossen, dann wird es geschlossen«, murmelt er. Trotzdem will er weiterkämpfen - um eine möglichst hohe Abfindung.

Auch seine Kollegin Caroline Martin, 48, macht sich wenig Illusionen, die Schweden noch umstimmen zu können. »Wir gehen einer schweren Zeit entgegen«, sagt sie wehmütig. Als sie vor 17 Jahren bei der damaligen Daimler-Benz-Tochter anfang, dachte sie noch, sie hätte einen Job fürs Leben.

Electrolux-Chef Stråberg, dessen Konzern den Hersteller von legendären Waschautomaten unter Marken wie »Favorit« oder »Lavamat« 1994 übernahm, hat offenbar bis heute nicht begriffen, warum der Konflikt so heftig eskalierte. Statt nach eigenen Fehlern zu suchen, prangert er lieber die Gewerkschaften an, die den AEG-Streik seiner Ansicht nach zur Mobilisierung in der gerade begonnenen Metall-

Tarifrunde nutzen. In einem Interview klagte er kürzlich sogar, Electrolux werde deutlich härter range-
nommen als einheimische Firmen, die ebenfalls Ab-
baupläne hegen.

Vielleicht gehen seine deutschen Kollegen ja ein-
fach nur geschickter vor. Noch im vergangenen No-
vember hatte Stråberg versichert, »eine Schließung
des AEG-Werkes ist das Letzte, was wir wollen«. Die
örtliche Geschäftsleitung und der Betriebsrat
handelten dadurch ermutigt einen Kompromiss aus,
der immerhin knapp 1000 Stellen gesichert hätte.

Gerade mal vier Wochen später kam das Aus für das
gesamte Werk - durch eine Entscheidung des
Electrolux-Aufsichtsrats. Statt die aufgebrachten Ar-
beitnehmer zu beruhigen, heizten Stråberg und
seine Mannen den Konflikt kürzlich noch an. Sollte
der Streik anhalten, drohten sie, würde der Betrieb
nur früher dichtgemacht.

Und kurz bevor Bayerns oberster Metaller Werner
Neugebauer am Mittwoch vergangener Woche mit
der Geschäftsführung verhandelte, flatterten den Ar-
beitnehmern persönliche Briefe mit Hochrechnun-
gen ihrer Abfindung ins Fach. »Eine Unverschäm-
theit«, empört sich Neugebauer, »die hatten als Ba-
sis einfach nur 30 Stunden pro Woche angesetzt.«

Dass es auch anders geht, bewies vergangene Wo-
che ausgerechnet der hannoversche Reifenherstel-
ler Continental, der für eine besonders rigide Verla-
gerung von Arbeitsplätzen nach Osteuropa bekannt
ist. Konzernchef Manfred Wennemer will das
Stammwerk im Stadtteil Stöcken schließen. Ähnlich
wie sein Electrolux-Kollege Stråberg brachte er
durch harsche Äußerungen die Öffentlichkeit gegen
sich auf. In geschickten Verhandlungen gelang es
jedoch seinem Personalchef Thomas Sattelberger,
einen Kompromiss auszuhandeln, der interne Ver-
setzungen, Altersteilzeit-Regelungen und eine Be-
schäftigungsgesellschaft vorsieht - ohne Streik.

Branchenkenner fragen sich seit langem, warum ge-
rade Stråberg, der von Vertrauten als umgänglich
und feinfühlig geschildert wird, bei AEG so unglück-
lich agiert. Die Erklärung könnte in der Eigentü-
merstruktur von Electrolux liegen.

In Finanzkreisen ist bekannt, dass die schwedische
Wallenberg-Gruppe, der wichtigste Großaktionär,
das Geschäft mit Kettensägen oder Rasenmähern
unter dem Markennamen Husqvarna gesondert an
die Börse bringen will. An der verbleibenden,

weniger rentablen Hausgerätesparte ist offenbar der
koreanische Wettbewerber LG Electronics interes-
siert.

Um den Electrolux-Börsenkurs zu steigern und das
Unternehmen weniger angreifbar zu machen, wollen
die Schweden bis 2008 im Konzern mehrere Milliar-
den Euro einsparen - vor allem durch die Verlage-
rung der Produktion in Niedriglohnländer, zum Bei-
spiel bei AEG in Nürnberg.

In seinem Drang, die Vorgaben des Haupteigentü-
mers zu erfüllen, hielt es Stråberg bis vor kurzem of-
fenbar nicht einmal für nötig, die Wallenbergs über
das wahre Ausmaß des Aufstands im fernen
Deutschland zu informieren. Das übernahmen der
frühere McKinsey-Deutschland-Chef Herbert Henz-
ler und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber,
als sie auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel Ende
Januar in Davos ein Mitglied des weitverzweigten
Familienclans trafen.

Der Milliardenrisspross beorderte Stråberg prompt
von einer Dienstreise in Indien zurück und verdon-
nerte ihn, den Konflikt umgehend zu lösen - am bes-
ten noch vor der geplanten Vorlage der Electrolux-
Bilanzzahlen am Dienstag dieser Woche.

Daraus dürfte wohl nichts werden. Am Mittwoch ver-
gangener Woche trennten sich die Unterhändler bei-
der Seiten erneut ohne Ergebnis. Man müsse eine
»Denkpause« einlegen, hieß es nach dem Ge-
spräch.

Die ist allerdings nur kurz bemessen. Bereits am
kommenden Donnerstag wollen die Kontrahenten
erneut in Nürnberg zusammentreffen. Bis dahin wird
erst einmal weitergestreikt.

DINAH DECKSTEIN, SEBASTIAN RAMSPECK

»Extrem schlechter Stil«

Mit dem Beschluss, das traditionsreiche AEG-Werk in Nürnberg dichtzumachen, verunsichert der schwedische Konzern Electrolux die ganze Hausgeräte-Industrie in Deutschland. Dabei geht es der einstigen Wirtschaftswunder-Branche bislang erstaunlich gut. Aber wie lange noch?

Von Klaus-Peter Kerbusk und [Jan Puhl](#) 18.12.2005, 13.00 Uhr • aus [DER SPIEGEL 51/2005](#)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/extrem-schlechter-stil-a-2eee99f2-0002-0001-0000-000044846867>

Horst Winkler kann seine Begeisterung kaum zügeln. Der Herr über sämtliche europäischen Fabriken des schwedischen Hausgeräteherstellers Electrolux schreitet schnellen Schrittes die 100 Meter lange Produktionsstraße für Geschirrspülmaschinen im schlesischen Zarów ab. Die Hallen sind nagelneu, die blauen Uniformen der Mitarbeiter frisch gebügelt, der Estrich glänzt. »Die Kollegen haben sogar helle Reifen auf den Gabelstapler gezogen, damit es keine schwarzen Streifen gibt«, freute sich Winkler vergangene Woche.

Seit kurzem läuft hier in Zarów der Geschirrspüler »Zanussi Diva« vom Band. Zunächst im Probebetrieb. 75 Stück werden täglich fertig. »Wir testen sie, bauen sie wieder auseinander und optimieren die Abläufe.« Die »Diva« ist ein einfaches Gerät: keine Leuchtdioden, ein Drehschalter, preisgünstig, eigens entwickelt für den osteuropäischen Markt, der als große Wachstumsregion gilt.

Zarów produziert ab Mitte Januar für den Verkauf. Dann soll die Belegschaft von derzeit 120 auf 350 Mitarbeiter wachsen. Weitere Electrolux-Werke sind im nahen Olawa und Swidnica bereits im Bau. Im benachbarten Siewierz werden schon Wäschetrockner produziert. Und das soll erst der Anfang sein.

Bisher füllen Roboter, Pressen und Fließbänder gerade mal die Hälfte der Halle in Zarów. In der Mitte wurde extra Platz gelassen für eine weitere Produktionsstraße. »Man kann gar nicht überschätzen, was diese Investition für unsere Gegend bedeutet«, freut sich Lilla Gruntkowska, die Bürgermeisterin von Zarów.

Doch diese Art moderner Standortpolitik kennt nicht nur Sieger. Die Verlierer sitzen zur gleichen Zeit in Nürnberg, wo »das Pflaster brennt«, so IG-Metall-Funktionär Jürgen Wechsler. Wilde Streiks und Protestdemonstrationen haben die Produktion im traditionsreichen AEG-Hausgeräte-Werk seit Tagen nahezu lahm gelegt. Auch diese Fabrik gehört zum

schwedischen Electrolux-Konzern. Aber sie passt angeblich nicht mehr in die Zeit.

»Die Menschen wollen nicht mehr arbeiten. Sie wollen kämpfen - egal, was es kostet«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix. Am Montag vergangener Woche hatte Electrolux-Chef Hans Stråberg in der Stockholmer Firmenzentrale entschieden, das Werk in Nürnberg bis zum Jahresende 2007 endgültig dichtzumachen. Dann soll die Produktion größtenteils von den neuen Fabriken in Polen übernommen werden. Dort muss der Konzern für den Lohn der Arbeiter nur rund ein Zehntel der Summe ausgeben, die in Nürnberg anfällt (siehe Seite 80).

Wieder einmal, so scheint es, sind deutsche Arbeitnehmer die Verlierer im globalen Kampf um Jobs und Standorte. Wieder einmal trifft es ein Werk, das mit modernsten Produktionsstraßen arbeitet und unterm Strich Gewinn abwirft. Wieder einmal verliert eine Marke, die als Synonym für Wertarbeit stand, ihre industrielle Basis in Deutschland - und stürzt damit eine ganze Branche in den Ruch der Krise. Aber gibt es die wirklich?

Nicht nur die 1750 von der Schließung betroffenen AEG-Werker sind empört. Ein von neutralen Gutachtern vorgelegter Plan, der vom Management vor Ort bestätigt wurde, hätte die Hälfte des Nürnberger Werks dauerhaft gesichert. Doch er wurde von der Konzernspitze in Stockholm kühl abgelehnt.

Seither kreieren die AEG-Werker in ihrer Wut ständig neue Erklärungen für das Firmenkürzel, das einst von Marketingexperten mit dem Slogan »Aus Erfahrung gut« unterlegt wurde: »Alles ein Graus«, »Aus Ertragsgier geschlossen« oder »Am Ende gescheitert« schimpfen sie jetzt.

Kritik kommt auch von anderer Seite. CSU-Generalsekretär Markus Söder wirft den Schweden »extrem schlechten Stil« vor. Nürnbergs Oberbürgermeister

Ulrich Maly (SPD) vermisst die »soziale Verantwortung« des Konzerns.

Klarer noch äußern sich die Betriebsratsvorsitzenden der Konkurrenten Bauknecht, Bosch-Siemens, Liebherr und Miele, die den Kollegen in Nürnberg ihre Unterstützung zugesagt haben. Für sie ist der Beschluss, das Werk zu schließen, schlicht »der Gipfel einer Serie von Fehlentscheidungen« des Electrolux-Managements.

Die Einschätzung wird von vielen Branchenkennern geteilt. Denn anders als die Electrolux-Spitze glauben machen will, stecken die Hausgeräte-Hersteller keineswegs in einer Krise. Und dass mit Kühlschränken und Geschirrspülern, Elektroherden, Waschmaschinen und Trocknern »made in Germany« kein Gewinn mehr zu erzielen sei, ist allenfalls die halbe Wahrheit.

Zwar ist die Branche, die in den Zeiten des Wirtschaftswunders noch aus einer Vielzahl eigenständiger Firmen bestand, über die Jahre auf nur noch wenige große Unternehmen geschrumpft. Einst renommierte Firmen wie AEG, Bauknecht, Blomberg oder Gaggenau, Junker & Ruh und Küppersbusch, Krups, Neff oder Zanker existieren nur noch als Marken in einem größeren Konzernverbund.

Doch die Konzentrationswelle liegt lange zurück. Und mit Miele, Liebherr und BSH, einer Gemeinschaftsfirma der Elektroriesen Bosch und Siemens, haben zumindest drei deutsche Unternehmen überlebt, die auf dem Weltmarkt keine Konkurrenz scheuen müssen und auch technologisch klar zur Branchenspitze zählen.

Mit einem Marktanteil von gut 20 Prozent ist die BSH-Gruppe sogar mit deutlichem Abstand vor Electrolux die Nummer eins in Europa. Weltweit liegt das Unternehmen auf Rang drei hinter dem US-Konzern Whirlpool und den Schweden.

Das größte Problem für die Branche liegt zurzeit vor der Haustür. Denn der deutsche Heimatmarkt ist 15 Jahre nach der Wiedervereinigung hoffnungslos gesättigt. Bahnbrechende Innovationen wie die Mikrowelle, die vor mehr als 20 Jahren eingeführt wurde, sind nicht in Sicht. Einziger Lichtblick ist seit Jahren das Geschäft mit Kaffeemaschinen. Vor allem Dank der modischen Dosier-Pads hat sich der Umsatz mit Kaffee- und Espressomaschinen seit 1998 glatt verdoppelt.

Ansonsten ersetzt fast alles, was die Branche verkauft, nur ein altes Gerät. Und das wird nicht selten erst nach zehn oder mehr Jahren ausgemustert.

Aber selbst da halten sich die deutschen Verbraucher immer mehr zurück. Seit 1999 schrumpfte das Geschäft mit Großgeräten, die gut zwei Drittel des Branchenumsatzes ausmachen, um 18 Prozent auf nunmehr 6,3 Milliarden Euro.

Erstaunlich genug: Trotz der anhaltenden Flaute sehen die Bilanzen der großen deutschen Hersteller blendend aus. Mit 6,8 Milliarden Euro setzte Branchenprimus BSH im abgelaufenen Geschäftsjahr mehr um als je zuvor seit dem Zusammenschluss vor 38 Jahren. Gleichzeitig stieg der Gewinn vor Steuern auf die Rekordmarke von 520 Millionen Euro.

Ähnlich sieht es bei der Konkurrenz aus: Bei Miele, wo mit Markus Miele inzwischen ein Urenkel des Firmengründers an die Spitze rückte, kletterte der Umsatz um gut fünf Prozent auf fast 2,3 Milliarden Euro - und soll im laufenden Geschäftsjahr noch stärker steigen. Bei der Traditionsfirma Bauknecht, die 1991 vom US-Riesen Whirlpool geschluckt wurde und lange vor sich hin dümpelte, schoss der Gewinn gar um 70 Prozent nach oben.

Der Grund für die Erfolge: Anders als die hiesige Fotoindustrie oder die Unterhaltungselektronik, die in den siebziger und achtziger Jahren von der Konkurrenz aus Japan überrollt wurde, haben die überlebenden Hersteller der Hausgeräte-Branche früh den Weg ins Ausland gesucht. Und dort läuft das Geschäft prächtig. So erzielen Bosch-Siemens und Miele jenseits der Grenzen inzwischen schon rund 70 Prozent ihrer Umsätze - und einen noch größeren Teil des Gewinns.

Das Signet »made in Germany« gilt, allen Unkenrufen zum Trotz, jenseits der Grenze noch immer als Qualitätsversprechen. Andererseits: Gerade das werde zunehmend in Frage gestellt, wenn ein immer größerer Anteil deutscher Markenprodukte in Wahrheit aus Billiglohnländern kommt, befürchten Branchenkenner.

Angeheizt wird der Druck durch die wachsende Phalanx neuer Konkurrenten. Nicht nur für asiatische Giganten wie Samsung, LG, Matsushita (Panasonic) und Haier steht Deutschland als größter Markt in Europa ganz oben auf den Expansionsplänen.

Mit Hilfe von schnell gekauften klassischen deutschen Markennamen wie Blomberg, Körting oder Foron drängen zudem neue Konkurrenten aus der Türkei, vom Balkan und aus Italien auf den hiesigen Markt.

Noch haben die zahlreichen neuen Konkurrenten zusammen nur ein Viertel des deutschen Marktes erobert. Sie liegen damit immer noch klar hinter dem Spitzenreiter

BSH, der hier mit seinen Marken Bosch, Gaggenau, Neff und Siemens mehr als ein Drittel des Geschäfts mit der sogenannten weißen Ware beherrscht.

Aber die Branche ist nervös geworden und verzettelt sich immer häufiger in Preiskämpfen. Die Folge: Bei Waschmaschinen zum Beispiel fiel der Durchschnittspreis in den vergangenen fünf Jahren um rund 30 Prozent.

Sonderangebote gibt es heute schon für weniger als 200 Euro. Und das sind keine Einzelfälle. Mehr als zwei Drittel aller Waschmaschinen werden inzwischen für weniger als 500 Euro verkauft. Vor fünf Jahren lag erst ein Drittel der Geräte in dieser Preisklasse.

Der immer härter werdende Preiskampf verstärkt die Sorge bei den Beschäftigten in den Fabriken. Schon in den vergangenen Jahren haben die Firmen trotz guter Gewinne ihre Belegschaft zum Teil drastisch reduziert.

Zum einen steigt die Produktivität in den Fabriken ständig. Zum anderen wurden in Polen, der Türkei oder auch China neue Fabriken gebaut, um mit Billigangeboten den jungen Konkurrenten trotzen zu können.

Die Folge: Allein seit 1995 sank die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Hausgeräte-Industrie von gut 70 000 auf unter 50 000.

Und damit ist noch nicht das Ende erreicht. Selbst bei Miele, wo die Fabriken zurzeit bestens ausgelastet sind, sollen bis Ende 2007 knapp 900 Stellen gestrichen werden. Immerhin: Bei Miele steht keine der sechs inländischen Fabriken zur Disposition. Anders als bei Electrolux-Chef Stråberg, der in den kommenden Jahren die Hälfte seiner Fabriken in den europäischen Hochlohnländern schließen und in den billigen Osten verlegen will.

Und auch von den sieben BSH-Fabriken in Deutschland ist zurzeit nur das Waschmaschinenwerk in

Berlin bedroht. Dessen Produktion soll ins brandenburgische Nauen verlegt werden.

Doch der bevorstehende Kahlschlag in Nürnberg, so befürchten Gewerkschafter, könnte schon bald auch bei der Konkurrenz den Abbau von deutschen Arbeitsplätzen beschleunigen. Mit dem Aus für das rentable AEG-Werk werde der »gesamten Industrie ein schwerer Schaden« zugefügt, warnen die Betriebsräte von BSH, Miele, Bauknecht und Liebherr unisono.

Ihr Fazit: »Der Trend zum 'Billigen Jakob' wird noch einmal verstärkt - hochwertige Hausgeräte werden es demnächst noch schwerer haben.«